

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 49 (1974)
Heft: 12

Vorwort: Liebe Leser
Autor: Herzig, Ernst

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Inserate und Abonnemente:
Zeitschriftenverlag Stäfa, 8712 Stäfa
Tel. (01) 928 11 01, Postcheckkonto 80 - 148
Verlagsleitung: Tony Holenstein

Redaktion:
Ernst Herzig, Inselstrasse 76, 4057 Basel, Tel. (061) 33 06 75
Herausgeber:
Verlagsgenossenschaft «Schweizer Soldat»
Präsident: Georges E. Kindhauser,
Glaserbergstrasse 63, 4056 Basel, Tel. (061) 43 48 41

Schweizer Soldat

Die Monatszeitschrift für Armee und Kader

Erscheint Anfang Monat
Jahresabonnement: Schweiz Fr. 18.—, Ausland Fr. 27.—

49. Jahrgang Nummer 12 Dezember 1974

Liebe Leser

Die Schweiz gehört zu den reichsten Ländern der Erde. Das Pro-Kopf-Einkommen ist vergleichsweise wesentlich höher als in den meisten andern Staaten Europas. Auf Bundesebene und im privaten Bereich verfügen wir über gut ausgebaute Sozialeinrichtungen. Unsere Bildungsstätten dürfen sich sehen lassen. Dem Tüchtigen und Willigen steht jede Laufbahn offen, ungeachtet seiner sozialen Herkunft. Für ein kleines Land steht unser Kulturleben auf einer erstaunlich hohen Stufe. Die schweizerische Demokratie gewährt ihren Bürgerinnen und Bürgern Rechte und Freiheiten, die man in solchem Ausmass nicht einmal bei unseren Nachbarn findet. Immerhin, wir wollen es nicht leugnen — wo viel Licht ist, gibt es auch Schatten. Unser aller Anliegen muss und wird es sein, die noch vorhandenen sozialen Ungerechtigkeiten auszugleichen und den Benachteiligten in unserer Wohlstandsgesellschaft (wie lange noch?) jenen Platz an der Sonne zu sichern, auf den auch sie Anspruch haben.

Nun dürfte man meinen, dass diesem Volk das von ihm Geschaffene und Erworbene wert genug ist, es zu schützen und gegebenenfalls auch zu verteidigen. Man möchte glauben, dass die obersten Landesbehörden — der Bundesrat und die eidgenössischen Parlamente — und mit ihnen alle Kreise, die auf die schweizerische Politik einen massgeblichen Einfluss ausüben, aber auch jede einzelne Bürgerin und jeder Bürger, ganz selbstverständlich bereit sind, dafür eine angemessene Versicherungsprämie zu bezahlen. Mit anderen Worten: die Schweiz ist dafür besorgt, ihre Armee in allen Belangen so zu fördern und im Stand zu halten, dass sie in einem Ernstfall ihren Auftrag erfüllen kann. Die Ausgaben für die militärische Landesverteidigung im Rahmen der schweizerischen Sicherheitspolitik sind gleichzusetzen mit dieser Versicherungsprämie.

Unser Umschlagbild:

Rekruten des portugiesischen 5. Kavallerie-Regiments in Caldas da Rainha. Von ihnen handelt unser Bildbericht in dieser Ausgabe.

Das Vertrauen in diese als selbstverständlich anzunehmende Bereitschaft gerät aber arg ins Wanken, wenn wir die Höhe des von den eidgenössischen Räten festgesetzten Militärbudgets beurteilen im Vergleich zum Volkseinkommen (Bruttosozialprodukt) oder zu den finanziellen Aufwendungen für andere Bereiche des öffentlichen Lebens. Damit unsere Armee den ihr zugewiesenen Auftrag, einen möglichen Krieg von Land und Volk fernzuhalten oder im Falle einer militärischen Aggression das schweizerische Territorium verbissen zu verteidigen, glaubwürdig erfüllen kann, erachtet das Eidgenössische Militärdepartement einen Finanzbedarf von 2 Prozent vom Volkseinkommen als ein nicht mehr zu unterschreitendes Minimum. Tatsächlich erhielt die Armee von einem geschätzten Bruttosozialprodukt (1973) von 132 Milliarden Franken deren 2,3 Milliarden Franken zugesprochen oder nicht ganz 1,8 Prozent! Bundesrat Rudolf Gnägi, Chef des EMD, hat am Hundert-Jahr-Jubiläum der schweizerischen Armee erklärt: «Unsere Wehraufwendungen sind in den letzten Jahren im Vergleich zu den Gesamtausgaben des Bundes und auch im Verhältnis zum Volkseinkommen immer mehr zurückgegangen. Wir stehen heute (Oktober 1974) an der alleruntersten Grenze, die ohne Gefahr für das Ganze nicht mehr unterschritten werden darf. Der Anteil unserer Wehrausgaben am Bruttosozialprodukt liegt mit 1,8 Prozent tiefer als bei den vergleichbaren europäischen Armeen.»

Wir finden, dass der Chef des EMD in milde Worte gefasst hat, was eigentlich zur allerhärtesten Kritik Anlass geben sollte. Tatsächlich befinden wir uns nicht an der «alleruntersten Grenze», sondern haben diese bereits deutlich unterschritten. Es besteht heute «Gefahr für das Ganze»! Bundesrat Gnägi selber hat es bestätigt, als er weiter ausführte: «Dazu kommt, dass in unserer materiellen Rüstung Lücken bestehen, die rasch geschlossen werden sollten. So befinden wir uns beispielsweise bei der Panzerabwehr deutlich im Rückstand („Die Panzerabwehrmittel der Infanterie vermögen weder in Anzahl noch bezüglich Reichweite

zu genügen." NZZ 14. 2. 74), und auch auf dem Gebiet des Raumschutzes verfügen wir zurzeit ebenfalls nicht über die für eine erfolgreiche Kampfführung notwendige Rüstungsbereitschaft („Die Einsatzdoktrin der Flugwaffe wird bedenkenlos geändert, nur weil man sich die Verteidigung nichts mehr kosten lassen will." NZZ 14. 2. 74).» Der Bundesrat hätte noch hinzufügen können, dass — wir zitieren wiederum die gleiche Quelle — die Mittel des Gros der Artillerie hoffnungslos überholt und die meisten unserer Panzer überaltert sind. «Unsere mechanisierten Verbände verfügen über keinen Flabschutz, ohne den sie bei der zu erwartenden Luftüberlegenheit eines potentiellen Aggressors keinen Kilometer weit rollen.»

Nachdem Bundesrat Gnägi an der erwähnten Feier die unsichere Lage, das unaufhaltsame Wettrüsten und die damit verbundene Kriegsgefahr dargestellt hat, erklärte er wörtlich: «Auch die friedliche Schweiz muss damit rechnen, dass von diesen noch nie in diesem Mass erlebten Rüstungen eines Tages Gebrauch gemacht wird. Dieser Tag darf uns nicht wehrlos finden — die Schweiz muss sich auch heute noch verteidigen. — Hier stehen wir nun vor der weiteren Frage, ob die Schweiz sich auch verteidigen kann. Ich glaube, diese Frage bejahen zu dürfen.»

Angesichts der Tatsache, dass das Militärbudget nicht mehr ausreicht, die allerdringendsten Forderungen der Armee zu erfüllen und angesichts der Befürchtung, dass trotz unüberhörbarer Kassandrarufer der Prozentsatz vom Sozialprodukt für die Armee weiter absinken wird, muss hinter das bundesrätliche Bekenntnis, dass die Schweiz sich verteidigen kann, ein dickes Fragezeichen gesetzt werden. Entscheidende Bedeutung aber messen wir in diesem Zusammenhang der vom Bundesrat nicht gestellten Frage zu: Will die Schweiz sich verteidigen? Für die Masse des Volkes und für die überwältigende Mehrheit der Jugend darf sicher vorbehaltlos mit einem Ja geantwortet werden. Wie aber steht es mit den Verantwortlichen für unser Land und mit allen Verantwortungsträgern in Kantonen, Bezirken und Gemeinden, die sich im einzelnen oft mit Händen und Füssen dagegen wehren, dass die Armee dringend notwendigen Übungsraum bekommt? Wie steht es mit den Verantwortlichen für unsere Massenmedien, für die Erziehung unserer Jugend und mit jenen, die an den Kommandohebeln der Wirtschaft sitzen? Es möge jeder Leser für sich die Antwort suchen. Sie zu finden, mag vielleicht erleichtert werden durch ein neuerliches Zitat aus der «NZZ» vom 14. 2. 74:

«Ein weiterer Punkt, dem eine eminente Bedeutung zukommt, besteht in der psychologischen Wirkung einer derart geführten Wehrpolitik. Der Soldat wird heute auf breiter Basis über das moderne Feindbild orientiert. Er weiss um die Möglichkeiten des Gegners

und die Gefahren, die ihm selber drohen. Was aber wird er in ein paar Jahren noch in den Händen haben, um einer solchen Bedrohung einigermaßen erfolgversprechend begegnen zu können? Wie, so muss man sich fragen, will ein Kommandant seine Truppe angesichts des gegenwärtigen kläglichen Zustandes unserer Mittel und der trüben Zukunftsaussichten noch motivieren? Wie will unsere politische Führung einen gesunden Wehrwillen erwarten, wenn sich der einzelne Mann langsam bewusst wird, dass sein Leben weniger wiegt als die Franken in der Staatskasse? Wahrlich, man müsste lieber heute schon Steinschleudern und Morgensterne verteilen! Dies wäre wenigstens konsequent, und die Kasse würde fürs erste auch wieder stimmen.»

Fazit: Die Schweiz verfügt über das grösste Sozialprodukt der Welt. Aber der Anteil unserer Wehrausgaben an diesem Sozialprodukt liegt tiefer als bei den vergleichbaren europäischen Staaten. Dieser Gegensatz — der nicht sein sollte und nicht sein müsste — degradiert die Armee zum «Prügelknaben» der schweizerischen Politik und ruiniert ihre Glaubwürdigkeit. Zu der nicht zu unterschätzenden Gefahr, die der Armee von den Linksextremisten droht, gesellt sich die bei weitem grössere Bedrohung durch die Sattheit, Gleichgültigkeit und das ausschliessliche Gelddenken des Establishments.

Will die Schweiz sich verteidigen? Kann die Schweiz sich verteidigen?

Mit freundlichem Gruss

Ihr
Ernst Herzog

Mit Ihrem JA zum Bundesbeschluss zur Verbesserung des Bundeshaushaltes an der Volksabstimmung vom nächsten Wochenende leisten Sie einen entscheidenden Beitrag dafür, damit die Frage «Kann die Schweiz sich verteidigen?» mit einem klaren und eindeutigen «Die Schweiz kann und will sich verteidigen!» beantwortet wird.